

20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses (3.-10.9.1981)

Ergebnisse der Wahlen zu den Kreisvolkskongressen, Kampf gegen "bürgerliche Liberalisierung" und Veränderungen im Regierungsapparat

Peter Schier

Die 20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. NVK fand vom 3. bis 10. September 1981 in Beijing statt. Als Beobachter nahmen an der Sitzung u.a. auch führende Mitglieder der Ständigen Ausschüsse der Volkskongresse auf Provinzebene teil, was auf eine größere politische Bedeutung dieser Sitzung schließen läßt. Tatsächlich betrafen die meisten der auf dieser Sitzung behandelten Themen unmittelbar die mittleren und unteren Ebenen des politischen, administrativen und kulturellen Sektors (RMRB, 4. und 11.9.81).

Auf der Tagesordnung der Sitzung standen insgesamt die folgenden Punkte:

1. Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenministers Huang Hua über die internationale Lage und die chinesische Außenpolitik (RMRB, 4.9.81).

Huang Hua betonte in seinem Bericht u.a., daß China weiterhin am "Antihegemonismus" festhalten werde. Wenn man den Herausforderungen des sowjetischen Hegemonismus in Afghanistan, Kambodscha und anderen Regionen wirklich entgegenzutreten wolle, dann müsse man einige handfeste Dinge unternehmen und den gemeinsamen Kampf gegen den Hegemonismus kontinuierlich vorantreiben.

2. Bericht des Ministers für Zivilverwaltung, Cheng Zihua, über die landesweiten Direktwahlen zu den Volkskongressen auf Kreisebene (RMRB, 12.9.81).

Cheng Zihua berichtete, daß bis zum August 1981 in 2.546 von insgesamt 2.756 Einheiten auf Kreisebene Direktwahlen zu den Volkskongressen stattgefunden haben. In 2.368 Einheiten seien die gewählten Volksvertreter bereits zu ersten Tagungen der Volkskongresse auf Kreisebene zusammengetreten. Gewerwärtig fänden in 86 Einheiten Wahlen statt, während die restlichen 124 Einheiten auf Kreisebene ihre Wahlen bis Ende d.J. abgehalten haben würden. Ursprünglich sollten die Direktwahlen auf Kreisebene bereits im Frühjahr 1981 abgeschlossen werden (siehe C.a., Februar 1980, 0 13; C.a., März 1981, S.177).

Die Wahlkandidaten wurden in drei Beratungsrunden zwischen Wahlberechtigten, Parteien und Massenorganisationen bzw. zwischen sog. "Wählergruppen" (xuanmin xiaozu) und der sog. "Wahlbezirks-Führungsgruppe" (xuanqu lingdao xiaozu) aufgestellt. Den Ausführungen von Cheng Zihua zufolge entschieden jedoch letztendlich die "Wahlbezirks-Führungsgruppen" über die endgültige Zusammensetzung der Kandidaten auf den Wahlzetteln. Über das Zustandekommen dieser "Wahlbezirks-Führungsgruppen" und ihre Zusammensetzung machte Cheng Zihua keine Angaben. Er gab lediglich an, daß pro Wahlbezirk durchschnittlich zwei bis drei Funktionäre hauptamtlich für die Abhaltung der Wahlen verantwortlich gewesen seien.

Pro Wahlbezirk wurden ein bis drei Vertreter in den Volks-

kongreß auf Kreisebene gewählt. Einer Statistik über die Wahlergebnisse in 1.925 Einheiten auf Kreisebene zufolge betrug die Zahl der Wahlberechtigten 415.161.200 bei einer Gesamtbevölkerung von 743.780.575. Die Wahlbeteiligung lag bei 96,56%. Insgesamt wurden in diesen Einheiten 595.345 Volksvertreter gewählt, d.h., auf 697 Wahlberechtigte kam ein Abgeordneter. 67% der "Volksdelegierten" sind Mitglied der KPCh, deren Mitglieder landesweit ca.4% der Bevölkerung ausmachen. Immerhin sind demnach fast 200.000 Kreistagsabgeordnete nicht Mitglied innerhalb der KPCh!

Nach ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung setzten sich die Abgeordneten der Kreisvolkskongresse wie folgt zusammen (abgerundete Prozentzahlen):

Bauern 48% (Bevölkerungsanteil ca.85%)

Kader 26% (Bevölkerungsanteil ca.2%)

Arbeiter 11%

Intellektuelle 8%

Armeeingehörige 3%

"Patriotische Persönlichkeiten", Vertreter der Oberschicht der nationalen Minderheiten, religiöse Führer und nach China zurückgekehrte Auslandschinesen 5%

Der Anteil der Frauen an den direkt gewählten Kreistagsabgeordneten macht immerhin 22% aus.

Gemäß dem 1979 verabschiedeten Gesetz über die Organisation der Volkskongresse und Volksregierungen aller Ebenen wählen die aus den Direktwahlen hervorgegangenen Kreisvolkskongresse die Mitglieder ihrer Ständigen Ausschüsse und die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisregierungen. In 1.925 Kreisen wurden insgesamt 44.995 dieser Führungskräfte gewählt, d.h. durchschnittlich 23 pro Kreis. Nicht-KPCh-Mitglieder machen immerhin noch 20% der legislativen und administrativen Führung aus. 15% sind Hoch- und Fachschulabsolventen und 14% Frauen. Cheng Zihua gab bekannt, daß von einigen Kreisvolkskongressen nicht die von der "Führung" (Parteikomitee) empfohlenen Kandidaten, sondern andere Personen zu Vorsitzenden der Kreisregierungen gewählt worden seien, was von den "Massen" begrüßt worden und den "Kadern" eine Lehre gewesen sei (!).

Insgesamt bewertete Cheng Zihua die Direktwahlen zu den Volkskongressen auf Kreisebene als "großen Erfolg", fügte jedoch einschränkend hinzu, daß die Wahlen uneinheitlich verlaufen seien und daß es "nicht wenige Probleme" gegeben habe. Alle von Cheng Zihua aufgezählten Probleme lassen sich auf Wahlverstöße durch die lokalen Parteifunktionäre zurückführen. U.a. nannte er folgende Verstöße gegen das Gesetz über die Wahlen zum NVK und zu den Volkskongressen auf allen Ebenen, die in einer nicht genannten Zahl von Kreisen begangen worden seien:

- willkürlicher Entzug des Wahlrechts;
- willkürliche Erhöhung oder Senkung der Anzahl der Wahlkandidaten;

- Nicht-Anerkennung oder Wiederholung der Wahlen, weil der lokalen Parteiführung nichtgenehme Kandidaten gewählt wurden;
- keine Wiederholung der Wahlen, wenn die Kandidaten nicht die erforderliche Stimmzahl auf sich vereinigen konnten, jedoch der lokalen Parteiführung genehm waren;
- Verstoß gegen die Bestimmung, daß die Zahl der Kandidaten die der zu wählenden Abgeordneten übersteigen muß;
- Wahl von zu vielen KPCh-Mitgliedern, Funktionären und Männern, was zur Folge hatte, daß auch innerhalb der von den Volkskongressen gewählten legislativen und administrativen Führung Nicht-KPCh-Mitglieder, "Massen" und Frauen unterrepräsentiert sind;
- die örtlichen Parteiführungen verzögerten die Konstituierung der Volkskongresse bis zu einem Jahr;
- gewählte Kader wurden kurz nach den Wahlen auf Beschluß höherer Instanzen versetzt, so daß sie nicht dem Wählerauftrag nachkommen können.

Cheng Zihua gab bekannt, daß "einige" dieser Wahlverstöße bereits korrigiert worden seien, doch man müsse nach wie vor diesen Problemen beim Wahlvorgang Aufmerksamkeit schenken. Daß der Minister derart offen über Wahlverstöße durch die örtlichen Parteikader sprach, zeigt erneut, daß die Parteizentrale weitaus "fortschrittlicher" denkt und handelt als die lokalen Parteiorganisationen.

Für die künftigen Wahlen forderte Cheng Zihua die lokalen Parteiführungen auf, die entsprechenden Gesetze strikter zu beachten. Insbesondere müßten sie sich nach der Mehrheitsmeinung der Wähler und der direkt gewählten Abgeordneten richten. Dem "sog. 'Wahlkampf'" erteilte Cheng Zihua jedoch eine Absage, obwohl dieser nach §30 des Wahlgesetzes erlaubt ist. "Wahlkampf" sei von einer winzig kleinen Zahl von Personen betrieben worden, die u.a. offen gegen die "Vier grundlegenden Prinzipien" (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der - alleinigen Führung der KPCh und am Marxismus- Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen) aufgetreten seien. Diese Aktivitäten, die die Zerstörung der sozialistischen Demokratie und des sozialistischen Rechtssystems zum Ziel hätten, seien gegen die "grundlegenden Interessen des gesamten Volkes" gerichtet und müßten deshalb entschieden bekämpft werden. Cheng Zihua bezog sich hierbei offensichtlich auf Wahlkampfveranstaltungen, wie sie u.a. an der Beijing- und an der Qinghua-Universität stattgefunden hatten. Dabei hatten einige Kandidaten offen ihre von dem gegenwärtig gültigen politischen Kurs der KPCh- Zentrale abweichende Meinung geäußert und waren daraufhin zu Abgeordneten gewählt worden. Auf einer Wahlveranstaltung der Beijinger Volksuniversität soll ein Kandidat u.a. erklärt haben, daß in allen drei Generationen seiner Familie kein einziges KPCh-Mitglied zu finden sei - worauf das Publikum in frenetischen Beifall ausbrach. Dieser Kandidat wurde später zum Stadtbezirksabgeordneten gewählt (nach Zhengming, Nr.48, 1.10.81, S.16). Cheng Zihua stellte deshalb in seinem Bericht noch einmal den Standpunkt der KPCh klar, nach dem an der Alleinherrschaft der Partei nicht gerüttelt werden darf: "...Eine Demokratie, die die Führung durch die Partei ablehnt, ...ist keine sozialistische Demokratie."

3. Bericht des Erziehungsministers Jiang Nanxiang über die Verleihung akademischer Titel und über die Stärkung der ideologisch-politischen Erziehung an den Schulen (RMRB, 9.9.81).

In seinen Ausführungen zur Verleihung akademischer Titel nannte Jiang Nanxiang u.a. zwei Grundvoraussetzungen, die

ein Wissenschaftler erfüllen muß, um einen akademischen Titel erlangen zu können:

1. Der Kandidat muß die - alleinige - Führung durch die KPCh und das sozialistische System unterstützen. Er muß nicht nur ein entsprechendes wissenschaftliches Niveau aufweisen, sondern auch das Bewußtsein, sich in den Dienst der sozialistischen Sache und des Volkes zu stellen.
2. Der Kandidat muß in der Lage sein, seine theoretischen Kenntnisse zur Lösung praktischer Probleme einzusetzen.

Zum Komplex der ideologisch-politischen Arbeit an den Schulen führte Jiang Nanxiang aus, daß die ideologisch- politische Erziehung der Schüler und Studenten einen "wesentlichen Bestandteil der Schulbildung" darstelle. Wer das "ideologische Schlachtfeld in den Schulen" nicht mit dem Marxismus-Leninismus besetze, sondern zulasse, daß es von "nicht-proletarischer Ideologie" überschwemmt werde, verletze seine Führungspflichten. Im Gegensatz zu einigen in den letzten Jahren veröffentlichten Auffassungen sei der von Mao Zedong festgelegte Kurs für das Erziehungswesen richtig, nach dem "die Erziehung der proletarischen Politik dienen und mit der produktiven Arbeit verbunden werden muß". Auch in Zukunft müsse man an diesem Kurs festhalten.

Rückblickend auf die 32 Jahre Bildungsarbeit seit Gründung der VR China sagte Jiang Nanxiang, daß insgesamt die Erfolge an der Erziehungsfront überwogen hätten. Gegenwärtig vertretene Auffassungen, nach denen das Erziehungssystem der VR China bisher nicht viel getaugt habe und nach denen die sozialistischen Schulen und Universitäten keine tüchtigen Menschen hervorgebracht hätten, entsprächen nicht den objektiven Tatsachen.

Zur gegenwärtigen Lage an den Schulen äußerte der chinesische Erziehungsminister, daß sich die meisten Schüler ideologisch einwandfrei verhielten. Allerdings gebe es unter den Studenten einige Tendenzen, denen man größte Aufmerksamkeit schenken müsse. So schwanke das Vertrauen einiger Studenten in die Kommunistische Partei Chinas, und sie bezweifelten die Überlegenheit des Marxismus- Leninismus, der Mao-Zedong-Ideen und des sozialistischen Systems. Manche seien von der Ideologie des bürgerlichen Liberalismus beeinflusst und wollten sich sogar der Führung durch die Partei entledigen und den sozialistischen Weg verlassen. Einigen Studenten mangle es an revolutionären Idealen, und sie verlangten nach der bürgerlichen Lebensweise. Ihr Individualismus und Anarchismus sei schwerwiegend. Sie seien moralisch degeneriert, verstießen gegen Gesetze und begingen sogar Verbrechen.

Für diese jetzt aufgetretenen ideologischen Probleme gebe es, so Jiang Nanxiang, verschiedene "komplizierte historische und gesellschaftliche Ursachen". Ein Grund sei aber auch, daß in letzter Zeit die ideologisch-politische Erziehung vernachlässigt worden sei. Insbesondere seien jene Worte und Handlungen, die gegen die "Vier grundlegenden Prinzipien" verstießen hätten, nicht genügend kritisiert und bekämpft worden.

Zur Überwindung der gegenwärtigen ideologischen Probleme an den chinesischen Schulen und Universitäten forderte Jiang Nanxiang die Stärkung der ideologisch-politischen Erziehung in viererlei Hinsicht:

1. Mit Hilfe der auf der 6.Plenartagung des XI.ZK verabschiedeten "Resolution über einige Fragen in der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" sollen die Schüler und Studenten dahingehend erzogen werden, an den "Vier grundlegenden Prinzipien" festzuhalten;

2. Stärkung und Verbesserung des Unterrichts in marxistisch-leninistischer Theorie;
3. Stärkung der Erziehung zum Kollektivismus und zur kommunistischen Moral;
4. Stärkung der Erziehung durch Arbeit (laodong jiaoyu).

Darüber hinaus forderte Jiang Nanxiang den Aufbau von "qualifizierten und stabilen Trupps zur politischen Arbeit", die sich aus den Politikadern (zhenggong ganbu) an den Lehranstalten zusammensetzen sollen. Der Erziehungsminister forderte eine bessere Anerkennung und Unterstützung der offenbar sehr unbeliebten Politikader durch die Gesellschaft - auch sie seien in der Erziehung tätig und damit auch Lehrer der Schüler und Studenten.

Jiang Nanxiang betonte, daß die Schüler und Studenten durch die ideologisch-politische Erziehung an den Lehranstalten verstehen lernen müßten, "daß der Sieg der demokratischen Revolution in unserem Land unter der Führung der Kommunistischen Partei errungen wurde und daß der Aufbau (unseres Landes) zu einer modernen sozialistischen Großmacht ebenfalls die Führung durch die Partei erfordert".

4. Bericht des amtierenden Kultusministers Zhou Weizhi über die gegenwärtige Lage und einige Probleme auf dem kulturellen und künstlerischen Sektor (RMRB, 10.9.81).

Zhou Weizhi widmete den Großteil seines Berichts der Kritik an der "Tendenz der bürgerlichen Liberalisierung", die in den jüngsten Literatur- und Kunstwerken zutage getreten sei. Zhou übte indirekt Selbstkritik, indem er eine zu lasche Haltung der Führung gegenüber den Einflüssen bürgerlicher Kultur und Ideologie für das Auftreten bürgerlicher Liberalisierungstendenzen auf dem Literatur- und Kunstsektor mitverantwortlich machte.

Der amtierende Kultusminister kritisierte jene Schriftsteller und Künstler, die die "Befreiung des Denkens" und die "Politik der hundert Blumen und Schulen" den "Vier grundlegenden Prinzipien" gegenübergestellt hätten. Sie hätten die "Vier grundlegenden Prinzipien" als Einschränkungen ihrer künstlerischen Freiheit und daher als "Vier große Knüppel" bezeichnet. Einige lehnten sogar die Führung durch die Partei ab und seien der Ansicht, daß Literatur und Kunst Sache der Schriftsteller und Künstler seien. Diese Ansichten zeigten, daß eine geringe Anzahl von Leuten in literarischen und künstlerischen Kreisen absolute Freiheiten und extreme individualistische Rechte verlangten, sich von der Führung durch die Partei loslösen und vom sozialistischen Weg abweichen wollten und für die bürgerliche Liberalisierung einträten. Das Drehbuch "Unerwiderte Liebe" (von Bai Hua; siehe hierzu C.a., Juni 1981, S.389-392) sei ein Beispiel für diese Tendenz und müsse deshalb ernsthaft kritisiert werden. Gegenüber dem Verfasser, dem "Genossen Bai Hua", solle jedoch eine Haltung von "Erziehung, Hilfe und Einheit" eingenommen werden.

Zhou Weizhi forderte in seinem Bericht zu Kritik an allen "ungesunden", "falschen", "bürgerlichen" und "feudalistischen" Tendenzen auf, betonte aber gleichzeitig, daß man bei den Methoden der Kritik vorsichtig sein müsse: Unangemessene und übertriebene Kritik und Kämpfe, wie sie in der Vergangenheit im Literatur- und Kunstsektor praktiziert worden seien, hätten keine guten Folgen gehabt. Auf keinen Fall dürfe man Kritik-"Bewegungen" in Gang setzen.

Als Maßnahmen zum Schutz gegen den Einfluß bürgerlicher Ideologie und Kultur empfahl der chinesische Kultusminister eine straffere politische Führung und Produktionsplanung auf

dem literarischen und künstlerischen Sektor. Darüber hinaus müsse die Rezensionsarbeit verbessert und verstärkt werden. Schließlich müßten die Literatur- und Kunstschaffenden ihr politisches und ideologisches Bewußtsein erhöhen und wieder mehr die marxistisch-leninistischen Klassiker und die Werke Maos lesen.

5. Erläuterungen des stellvertretenden Generalstaatsanwalts der Obersten Staatsanwaltschaft, Wang Fu, über die Verlängerung der Abwicklungsfristen von Strafverfahren und deren Genehmigung.
6. Erläuterungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhang Aiping über die Zusammenlegung des 8. mit dem 7.Maschinenbauministerium.

Zum Abschluß seiner 20.Sitzung faßte der Ständige Ausschuß des V.NVK am 10.September 1981 die folgenden Beschlüsse (RMRB, 11.9.81):

1. Einberufung der 4.Tagung des V.NVK im November 1981 in Beijing. Haupttagesordnungspunkt soll ein Bericht von Ministerpräsident Zhou Ziyang über die wirtschaftliche Lage sein.
2. Annahme des Berichts über die landesweiten Direktwahlen der Volkskongresse auf Kreisebene und Beschluß, daß der Beginn der Legislaturperiode der von 1979 bis 1981 gewählten Volkskongresse auf Kreisebene landesweit mit dem Jahr 1981 anzusetzen ist.
3. Verlängerung der in der Strafprozeßordnung festgelegten Fristen für die Abwicklung von Strafverfahren in besonderen Fällen. Diese Verlängerungsmöglichkeit gilt für den Zeitraum von 1981 bis 1983. Anträge auf Verlängerung der Abwicklungsfristen von Strafverfahren müssen von den Ständigen Ausschüssen der Volkskongresse auf Provinzebene entschieden bzw. genehmigt werden.
4. Zusammenlegung des 8. mit dem 7.Maschinenbauministerium, d.h., das 8.Maschinenbauministerium wird aufgelöst und geht im 7.Maschinenbauministerium auf.

Die Zusammenlegung der beiden Ministerien scheint vor allem der besseren Koordination der chinesischen Raketenproduktion zu dienen. Hierbei scheint es sich um eine echte Sachentscheidung zu handeln, denn bisher unterstand die chinesische Raketenproduktion - nach offenbar bürokratischen Erwägungen - z.T. dem 7.Maschinenbauministerium (strategische Raketen) und z.T. dem 8.Maschinenbauministerium (taktische Raketen). Mit der Verschmelzung des 8. mit dem 7.Maschinenbauministerium ist dem 7.Maschinenbauministerium aber auch die bisherige zivile Gemischtwarenproduktion des 8.Maschinenbauministeriums aufgeladen worden, die u.a. auch Fernsehgeräte, Lampen, Sofas und Waschmaschinen umfaßte - es sei denn, die chinesische Regierung hat mittlerweile im Zuge weiterer Sachentscheidungen die Verwaltung der Produktion eines Teils der ausschließlich für zivile Zwecke nutzbaren Produkte dem 1.Maschinenbauministerium bzw. dem Ministerium für Leichtindustrie zugewiesen.

5. Personelle Veränderungen innerhalb der Regierung und der zentralen Justizorgane.

Folgende Kabinettsveränderungen wurden beschlossen:

- Außenhandelsminister: Zheng Tuobin (bisher: Li Qiang)
- Minister des 3.Maschinenbauministeriums: Mo Wenxiang (bisher: Lü Dong)
- Minister für Leichtindustrie: Song Jiwen (bis November